

Die Ängste im Kleinstaat

Empfundene Bedrohungen und Sorgen um Identität nähren Skepsis gegenüber der Zuwanderung. Von Markus Freitag und Maya Ackermann

Wer sich durch die Zuwanderung bedroht fühlt und für mehr Heimatschutz ist, lehnt die Zuwanderung ab. Diese Haltung war schon vor Annahme der Masseneinwanderungsinitiative in der Bevölkerung verankert.

Die am 9. Februar 2014 hauchdünn angenommene Volksinitiative über die Masseneinwanderung bewirkt eine tiefgreifende Debatte über den zukünftigen Weg der Schweiz im europäischen Umfeld. Das Abstimmungsergebnis stimuliert beidseitig des Polenta- und Röstigrabens eindrucksvolle Diskussionen über mögliche Entscheidungsmotive der Stimmbürger, die sich aber bis jetzt zumeist nur auf anekdotische Evidenzen und Bauchgefühle beziehen.

Eine jüngst öffentlich zugänglich gemachte, schweizweite Befragung zwischen Februar und April 2013 gibt indes empirische Hinweise zur Meinungslandschaft in dieser Frage. Fernab vom Störfeuer medial aufgekochter Analysen im Vorfeld einer Abstimmung sprachen sich bereits damals rund 50 Prozent von über 1000 Befragten für eine Verringerung der Zuwanderung aus. Wer aber macht sich für eine Begrenzung der Zuwanderung stark? Verschiedene miteinander verwobene Deutungsmuster beherrschen die Szenerie. Populär ist etwa die Annahme, dass ökonomischer Wohlstand und wirtschaftliche Sicherheit eine positive Haltung gegenüber Zuwanderern mit sich bringen. Die Idee dahinter: Wer den zu verteilenden Kuchen als gross genaug wahrnimmt, lädt mehr Menschen

zum gemeinsamen Verzehr ein. Eine damit zusammenhängende, wohlbekannte These sieht im Bildungsstand die zentrale Stellschraube: Je gebildeter eine Person ist, desto eher wird sie befreit von Statusängsten eine positive Haltung gegenüber Zugewanderten einnehmen. Die Auswertungen zeigen nun aber, dass weder die Einschätzung der persönlichen wie der nationalen Wirtschaftslage noch der Bildungsgrad systematisch mit einer Haltung zur Zuwanderung verbunden sind.

Ferner wird gemutmasst, die Einstellung gegenüber der Zuwanderung zeige sich vom Vertrauen in den Bundesrat abhängig. Die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative wird diesbezüglich mancherorts auch gerne als Denkmittel für die mangelhaften Leistungen des Bundesratskollegiums interpretiert. Die Umfragedaten weisen aber darauf hin, dass auch dieses Motiv nicht

in einem signifikanten Zusammenhang mit dem Wunsch nach einer Verringerung der Zuwanderung steht. Eine weitere populäre Sichtweise bemüht die Wahrung nationaler Handlungsfähigkeit und souveräner Politikgestaltung als relevantes Einstellungsmotiv. Wer fremde Richter und Mächte ablehnt, wird eine vermehrte Zuwanderung aus deren Mitte skeptisch beurteilen. In der Umfrage von 2013 finden sich tatsächlich Hinweise, dass die Befürwortung der nationalen Handlungsautonomie und EU-Gegnerschaft zu Ressentiments führen. Die beiden Motive sind aber nicht stark ausgeprägt und im Vergleich der französisch- und deutschsprachigen Schweiz weniger entscheidend.

Schliesslich finden sich Überlegungen, dass die wachsende Zuwanderung natürliche Konkurrenzsituationen um nationale Identitäten und Lebensstile, aber auch um reale Ressourcen wie

Geld, Arbeit und Land auslöst. Wer sich durch die ethnische Heterogenität im sozioökonomischen und kulturellen Hintertreffen fühlt und den drohenden Heimatverlust beklagt, wird eher für eine Verringerung der Zuwanderung optieren. Optimistischere Perspektiven betonen, dass durch Begegnungen Vorurteile abgebaut und positive Einstellungen gegenüber kulturell Andersartigen aufgebaut werden. Dort aber, wo der Austausch mit Zugewanderten ausbleibe, herrschten Stereotype vor, die den vermeintlichen Konflikt um Ressourcen und Identität befeuern.

In Nachanalysen wurde die Ablehnung der SVP-Initiative in ausländerstarken Regionen der Schweiz denn tatsächlich als Beweis für die positive Wirkung interkultureller Kontakte gewertet. Gemäss den Umfragedaten spielt nun aber der persönliche Kontakt mit Zugewanderten keine entscheidende

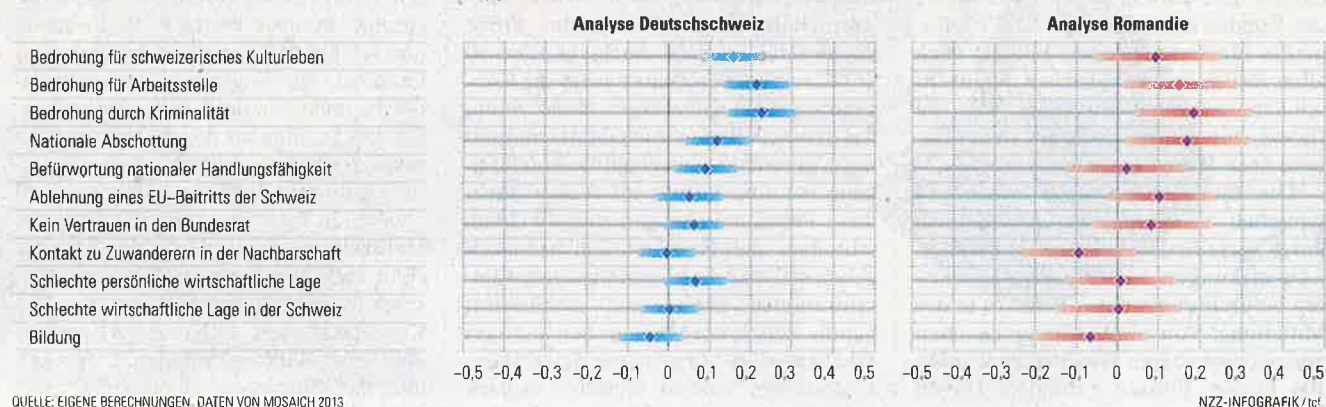
Rolle für die Einstellung ihnen gegenüber. Massgebend sind vielmehr die wahrgenommenen Bedrohungslagen. Wer sich angesichts der Zuwanderung um die Schweizer Kultur sorgt, seinen Arbeitsplatz gefährdet sieht und sich vor zunehmender Kriminalität fürchtet, spricht sich für eine Begrenzung der Immigration aus. Ähnliches gilt für die Wahrung nationaler Identität. Wer gegen die Einmischung von aussen und für den Heimatschutz ist, lehnt die Zuwanderung ab. Dieser Befund gilt für die Deutschschweiz noch mehr als für die Romandie.

All diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass insbesondere die durch die Immigration induzierten Ängste in der Bevölkerung massgebend für die Haltung gegenüber Zuwanderern sind. Mit Hinweis auf die aktuellen tagespolitischen Debatten liesse sich interpretieren, dass die Initianten mit einem ausgeprägten politischen Spürsinn die Ernte der seit längerem bewirtschafteten Ängste eingefahren haben. Die Gegner der Initiative haben es nicht vermocht, diesem nicht erst im Abstimmungskampf entstandenen Bedrohungsempfinden wirksam entgegenzutreten.

Der Fingerzeig auf mögliche Sanktionen seitens der EU war für die Hälfte der Abstimmenden im Gegensatz zu persönlich wahrgenommenen Bedrohungen zu diffus und verfehlte den eigentlichen Kern der um sich greifenden Ängste im Kleinstaat.

Motive für oder gegen Zuwanderung in der Schweiz

Lesbeispiel: Je mehr sich ein Befragter vor einem zuwanderungsbedingten Anstieg der Kriminalität fürchtet, desto eher spricht er sich für eine Verringerung der Zuwanderung aus. Hingegen bleibt die Bildung ohne signifikante Wirkung auf die Haltung gegenüber Zuwanderern (markiertes Vertrauensintervall umschliesst Wert 0).



Markus Freitag ist Professor für politische Soziologie am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern. **Maya Ackermann** ist Doktorandin am dortigen Lehrstuhl für politische Soziologie. Daten aus der Erhebung MOSAICH 2013, <http://fors-nesstar.unil.ch>.